

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Raben & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Henckels, Dresden.

Erzeugnispreis einschließlich Frangobahn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12,00 M., unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 5,75 M., Einzelnummern 25 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10, Tel. 25201. Geschäftszeiten von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die erste Spalte 1000 Mark, die zweite Spalte 600 Mark. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselzahlung 20 Pf.

Nr. 86

Dresden, Donnerstag den 15. April 1920

31. Jahrg.

Lüttwitz und Bischoff verhaftet

In der Nationalversammlung wurde in den letzten Tagen von Regierungsvertretern mit gebotener Stimm: erklärt, daß die Regierung die „Vorgänge in Pommern und Schlesien“ aufmerklos verfolgte. Gestern veröffentlichten wir einen Aufsatz über die sozialdemokratischen Parteiverhältnisse, der auf neue Aufschüchtern aufmerklos macht und die Arbeiterklasse zu Wachsamkeit aufruft. Auch der Vormarsch verlor auf neue Tage die Rechte der Reichswehr.

Was ist an alledem? Man weiß, daß in Schlesien noch immer die Truppen unentwaffnet leben, die Stapes Infanterieregiment da unten aufmarschiert. Pommern ist ein Schauplatz seiner Reaktionen geworden, die nach dem Zusammenbruch des verheerenden Berliner Abenteurers blühten. Wie überhaupt der breite agrarische Osten und Norden Deutschlands eine schwer kontrollierbare Zustände für alles ist, was das neue Deutschland heißt. In diesen agrarischen Schichten sind Parteien verstreut, von denen der Junker hofft, daß sie einmal gegen die Republik losgehen. Dazu kommt, daß in Pommern die Paktamer und die Brigade Ehrhardt noch immer mit Gewalt herrschen. Ihre Entlassung oder eventuelle Anwendung von Gewalt ist ein Problem, das die Regierung nicht lösen kann. In der Reichswehr ist die alte Ursache, die die Truppen wegen mangelnder Verfassungstreue zu bewachen. Das alles sind reaktionäre Geisteskräfte, die zu ernstlichen Überdachten und Forderungen Anlaß geben.

Der da glaubt, daß politische Handlungen von einem Minimum von Verstand getrieben sein müssen, dem will vor die Möglichkeit eines neuen Rückwärtschrittes nicht recht in den Kopf, denn sein Ausgang ist nach dem röhren Zusammenbruch der Kappischen Sonderkabinettsberichts klar. Die Arbeiterklasse würde sich wie ein Mann erheben, und nach der die erste Proklamation verbreitet wäre, würden alle Mäder still. Wenn also Verstand in den Weisenbewegungen der Politik des letzten Jahres wäre, müßte ein neuer Kappstreich ausgeschlossen sein. Bedenkt man jedoch, welche politische Unmündigkeit in den Kreisen der reaktionären Geisteswelt herrscht, so ist es leicht zu verstehen, daß die von den reaktionären der Volksseele und der politischen Strömungen wenig beklüftet sind.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht jetzt eine Erklärung, in der sich die Partei der ehemaligen Konservativen gegen den neuen Putschversuch äußert und sich auf den streng verfassungsmäßigen Standpunkt stellt. Das wird die deutschnationale Presse jedoch nicht abhalten, die Kapp und Lüttwitz immer von neuem heilig zu verehren. Und darum darf die Deutschnationalen diese Erklärung mit einem Lächeln auf die Lippen tun. Die Wahlen stehen vor der Tür und da werden die janakischen Verfassungskämpfe plötzlich verfassungstreu. Für das Volk ist es besser, es verläßt sich nach den Erfahrungen der Märzlage weniger auf deutschnationale Erklärungen und mehr auf die eigene Kraft. Die rechte, vollständig hin, um Putschversuche, von welcher Seite sie immer kommen mögen, abzuwehren. Da aber bei allen politischen Abenteuern das deutsche Volk immer wieder seine Haut zu tragen und zum Schluß auch sein Portemonnaie zu öffnen hat, so ist es dringende Pflicht für alle Regierungen, neuen Streichen mit aller Energie vorzubeugen!

Das was angesichts des Wärmes, den die Kapptruppe hinterlassen haben, nicht leicht sein. Im Ruhrgebiet ist die Abwehr der Reaktion da und dort zu sportlichste die Wandlung entartet. Im Vogtland entwickelte sich eine Schläge, die in ihren politischen Auswüchsen bis nach Thüringen hinübergriff. Mit solchen Weisern im Rücken ist es für die Verantwortlichen nicht leicht, alle Kräfte einzuziehen gegen den Hauptfeind, der rechts steht. Trotz alledem hätte in manchen Punkten rascher gehandelt werden können, als es geschehen ist.

Die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände ist zwar angeordnet, doch bis heute noch nicht durchgeführt. Nach alterhand Erfahrungen der letzten Zeit können diese Truppen nicht als verfassungstreu angesehen werden. Was hätte also die Regierung getan, um sie so rasch als möglich von der Bildfläche zu verschwinden zu lassen? Hier schüttelt man den Kopf. Wie können die Maßnahmen der Reichsregierung in diesem Punkte nicht, feststeht mir, daß man nichts von Maßnahmen sieht. Von der schließlichen Regierung muß gefordert werden, daß sie in Berlin die nötigen Dringlichkeit die Forderung der Volksmassen wiederholt, andernfalls müßte von der schließlichen Regierung die Auflösung aus eigener Kraft verfügt werden. Was die Melior der Einwohner mehr noch demokratischen Gesichtspunkten anbelangt, so wird sie leider erschwert und vielleicht gar unmöglich gemacht durch das Verschwinden der Entente, die Einwohnerwehr vollständig zu beklüchten, da sie als militärische Truppe angesehen wird. Da-

Der Pommersche Schlupfwinkel

mit Stettin, 15. April. Der umfangreichen Uebervachung der Güter in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Gortz gegliedert, des Generals Lüttwitz und des Majors Bischoff habhaft zu werden.

In Stolpmünde konnte ein Propagandabureau der Paktumtruppen aufgehoben werden. Sämtliche Verhafteten wurden unter starker Bedeckung nach Berlin gebracht.

Die neue Putschgefahr

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeldung.) Von amtlicher Stelle wird die Lage in Pommern als sehr ernst bezeichnet. Wir hören wieder auf dem Valverfah, doch hofft die Regierung, der Bedrohung Herr zu werden. So hat, wie bekanntlich verlautet, das preussische Oberpräsidium in Pommern eine allgemeine Verberufung der Sicherheitskräfte veranlaßt, um die Provinz in Zukunft gegen reaktionäre Putschversuche besonders sicherzustellen. Außerdem wird in den nächsten Tagen eine scharfe Verordnung erlassen, welche die Ablieferung aller Waffen anordnet, die im Besitz von Privatpersonen sind. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß auch auf den Gütern keine Waffenvorräte mehr vorhanden sind, die in einem neuen Alarmfalle aufständischen Elementen zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Nachrichten, daß Lüttwitz und Kapp in Pommern seien, werden als äußerst unwahrscheinlich erklärt (wegen der V. P. A. noch gestern abend meldeten, daß Major Bischoff sich doch in Greifswald befindet). Ebenso sei zweifellos falsch, daß sich Kapp in Danzig befindet. Es kann vielmehr als sicher angenommen werden, daß er im Flugzeug ins neutrale Ausland geflohen ist. (So viel uns bekannt ist, hat sich Kapp auf sein Gut in Pommern zurückgezogen, das noch im Reichsgebiet, aber in der Nähe der polnischen Grenze gelegen ist.) Durch die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen hofft die Behörde, binnen 14 Tagen die letzte Gefahr des Wiederauflebens der reaktionären Putschversuche in Pommern beseitigen zu können. In den Bahnhöfen sieht man drohliche Zeichen. In den Bahnhöfen sieht man Plakate mit dem bekannten Bilde des Wehrsoldaten, in denen Freiwillige zum Einschleichen in die Liste geistigt werden. Eine Unterschrift fehlt. Gerüchte durchschwirren die Stadt, aber die Bevölkerung ist gelassen und abwartend. Der Reichswehrminister hat nicht auf leere Gerüchte hin in der Nationalversammlung seine Stimme erhoben, sondern weil der Regierung verbürgte Nachrichten von den Plänen der Putschisten vorliegen.

gegen hoffen wir, daß die Regierung in inniger Fühlung mit dem republikanischen Führerbund steht und Hand in Hand mit ihm herangeht an eine Reichswehrreform, die sich durch beschleunigtes Tempo auszeichnet.

Die Deutschnationalen fühlen sich durch gewisse Nachrichten der letzten Tage beunruhigt. Das ist verständlich, aber notwendig ist weder in der Politik, noch im Leben und noch weniger in großen Kämpfen nützlich. Deswegen heißt es auch für die Arbeiterklasse, gegenüber all den Gerüchten über neue Putschversuche ruhig Blut und die ruhige Entschlossenheit des Kraftbewusstseins zu bewahren. Wenn reaktionäre Kreise zu neuen Unmuthen bereit sind, wird ihnen ein Empfang werden, der ihnen schlechter bekommen dürfte, als der, der Kapp zuteil wurde. Es könnte dabei manches nachgeholt werden, was etwa bei der letzten Auseinandersetzung vergessen oder verpasst wurde. Das sei denen, die mit solchen verbrecherischen Karrieren liebäugeln, zur Warnung gesagt.

Der demokratisch-sozialistische Gedanke, daß der Wehrheitswille des Volkes das Gesicht des Staates zu bestimmen hat, ist in Deutschland nicht mehr unterzuckrig. Er wird gegen gegen alle Widerstände und wird im neuen Deutschland um so sicherer herrschen, in je schwereren Stämpfen er sich durchzusetzen hat!

Württemberg und die Einwohnerwehr

(Eigene Drahtmeldung.) Stuttgart, 15. April. Die württembergische Regierung ist, was die Frage der Auflösung der Einwohnerwehren anbelangt, noch wie vor auf dem Standpunkt, daß diese unbedingt die Aufrechterhaltung jeder staatlichen Ordnung zur Folge haben wird und deshalb unmöglich sei.

Reiseführer in Zivil

Aus Bismarck erfahren wir, so schreibt der Vorwärts, daß die Zeitfreiwilligen dort nicht entlassen sind. In Greifswald halten die dortigen Zeitfreiwilligen, Studenten, fortgesetzt Übungen im Schießsport und mit Handgranaten ab. Von der Entlassung der Paktamer ist gar keine Rede. Staatskommissar Henckels Reakt hat zum Beispiel festgestellt, daß Anfang voriger Woche eine große Anzahl von ihnen auf dem Bahnhof war. Sie sind nicht entlassen, sondern werden in Kisten gesammelt.

Der berüchtigte Oberst Bischoff hat hier nach Ostem im Preussenhof in Greifswald mit einer großen Suite von Offizieren gefestigt und sich dann öffentlich über seine Pläne unterhalten. Gegen Bischoff ist ein Schußbefehl erlassen.

Aus Bismarck wird uns gemeldet, daß auch beim 2. Reserve-Regiment 15, das in Bismarck in Garnison liegt, vor einigen Tagen Offiziere in Zivil ins eingeschoben hatten, um mit den Führern Fühlung zu nehmen. Es handelt sich um entlassene Offiziere, die jetzt von Garnison zu Garnison reisen, um für eine Wiederholung des Putsches Stimmung zu machen.

In Nr. 166 des Vorwärts vom 30. März 1920 wiesen wir unter der Überschrift „Verständiger im Rente“ unter Nennung der Namen darauf hin, daß sich beim Reichswehrgruppenkommando I noch eine Anzahl Offiziere im Dienste befinden, deren Beteiligung am Kapp Putsch steht. Die von uns bezeichneten haben, mit Ausnahme des Kapitänleutnants Canaris von der V. P. A., gegen unsere Feststellung, daß sie an der Verschwörung aktiv mitgewirkt haben, nicht protestiert.

Als Hauptbeteiligte nannten wir Oberleutnant v. Jeschmann und Hauptmann v. Diebahn. Auch bei diesen beiden gehen die verdächtigen Offiziere in Zivil ein und aus, um sich über den augenblicklichen Stand der „Kriegslage“ ungehindert zu unterhalten. Es geht dort alles der zu und vor in dienstlichen Angelegenheiten kommt, darf warten, bis diese natürlich weit wichtigeren Privatgespräche beendet sind.

Unter dem Einfluß der reaktionären Kräfte halten die pommerschen Landwirte seit acht Tagen offensichtlich mit dem Putschplänen zuredet.

Erklärungen Lord Rismarcks

Der britische Gesandtschaftsträger in Berlin, Lord Rismarck, hat dem Berliner Tageblatt folgendes erklärt:

„Ich bin überzeugt, daß ein neuer Militärputsch die größte Entfaltung in England hervorrufen, und daß die britische Regierung ihn auf das entschiedenste zurückweisen würde. Jede Möglichkeit, die dafür bestehen kann, daß Deutschland sich durch Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen oder durch Kredite erhalten könnte, würde durch irgend welche Gewaltaktionen, von woher sie auch kommen, zerstört sein. Die Erklärungen, die ich in diesem Sinne am 10. März gemacht habe, sind von meiner Regierung genehmigt worden. Man braucht nur die englischen Beziehungen während der Zeit des Kapp-Putschs prüfen zu haben, um zu wissen, daß jeder Versuch, ein reaktionäres Regime aufzurichten, von der öffentlichen Meinung Englands aufs schärfste verurteilt werden würde.“

Diese Erklärung zeigt, so sagt das V. T. hierzu, auf neue, wie unjagbar gewissenlos alle diejenigen handeln, die heute in Deutschland mit dem Gedanken an einen gewalttätigen Umsturz spielen, einen solchen Umsturz heimlich herbeizuführen oder ihn sogar planen und vorbereiten.

Die Wahlen am 13. Juni

Berlin, 15. April. Wie die Sozialistische Korrespondenz mitteilt, werden voraussichtlich am 13. Juni die Wahlen zum neuen Reichstag stattfinden. Ein früherer Wahltermin dürfte technisch unmöglich sein und die Koalitionsparteien seien entschlossen, die Wahlen sobald als möglich stattfinden zu lassen. Diese Haltung sei durch die politische Gesamtlage auch unbedingt vorgeschrieben.

Parteien und Gewerkschaften

(Eigene Drahtmeldung.) Berlin, 15. April. Die Gewerkschaftsverbände, die die gemeinsamen Forderungen an die Regierung zusammen mit den beiden sozialistischen Parteien gerichtet haben, haben in einer Sitzung die geforderten Beschlüsse, in Zukunft von einem derartigen Zusammengehen mit den Parteien abzusehen. Die sozialistischen Parteien haben demnach bei Schriften der Gewerkschaftsverbände auszuweichen. Sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Unabhängigen haben sich aber bereit erklärt, solche Unternehmungen auch künftig zu unterlassen.

Die Belgier im Anmarsch

(Eigene Drahtmeldung.) Duisburg, 15. April. Aus Crefeld wird gemeldet: Von den von der belgischen Regierung zur Verfügung gestellten 1000 Mann Truppen ist die Hälfte in dem linksrheinischen Gebiete gegenüber Duisburg und Düsseldorf eingetroffen; der Rest ist hier angekommen und bleibt vorläufig in der Umgebung, bis weitere Entscheidungen getroffen sind.